

E 48 -NR/XVII.GP.

E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 20. April 1988

(anlässlich der Verhandlung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Freda Blau-Meissner und Genossen an den Bundeskanzler sowie den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend unzulängliche Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen kerntechnischer Anlagen im Ausland - 1988/J)

betreffend Maßnahmen zum Schutz der österreichischen Bevölkerung gegen Auswirkungen ausländischer Nuklearanlagen

1. Die Bundesregierung wird ersucht, in ihren Kontakten mit Nachbarstaaten und insbesondere in ihren Verhandlungen zum Abschluß von Verträgen betreffend grenzüberschreitende Auswirkungen von Kernanlagen auf die wachsende Besorgnis der österreichischen Bevölkerung hinzuweisen und darauf hinzuarbeiten, daß in solchen Verträgen auf geographische und klimatische Umstände besonders Bedacht genommen wird, um möglichst jedes Risiko für die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung auszuschließen.
2. Weiters wird die Bundesregierung ersucht, ihre Bemühungen zur Verstärkung anderer, insbesondere multilateraler völkerrechtlicher Grundlagen, die dem Schutz vor den Folgen des Betriebes von Kernanlagen dienen, mit Nachdruck fortzusetzen.